

Kundgebung: Die IG Metall rief am Mittwoch in Tauberbischofsheim zum Protest gegen das Sparpaket der Bundesregierung auf

"Wir müssen im Herbst auf die Straße gehen!"

Einen Kurswechsel in der Politik, das forderten am Mittwoch alle Redner bei der Kundgebung der IG Metall in Tauberbischofsheim. Das Hauptreferat hielt der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup.

Wasser und die knallroten IG-Metall-Käppis waren begehrt auf dem sonnenüberfluteten Marktplatz. Mit dem Sparpaket der Bundesregierung ging es zusätzlich auch noch um ein ganz heißes Thema. "Wir wollen mit dieser Kundgebung deutlich machen, dass wir als Gewerkschaft unbedingt etwas tun müssen - ansonsten zahlen wir unweigerlich weiter die Zeche für die Krise", sagte der Erste Bevollmächtigte der IG-Metall Tauberbischofsheim, Gerd Koch. Ein Großteil der Kosten der Finanzmarktkrise werde "hemmungslos" zunächst auf die Arbeitslosen, ALG-II-Empfänger, Familien und Beschäftigten im Öffentlichen Dienst abgeladen. "Wir müssen uns wehren!", rief Koch den etwa 400 Menschen auf dem Marktplatz zu und erntete viel Beifall.

"Die Politik hat nichts gelernt aus der Krise. Man will da weitermachen, wo man davor aufgehört hat", sagte der Wirtschaftswissenschaftler Prof. Dr. Heinz-J. Bontrup, der sich "mehr Solidarität gewünscht hätte an diesem Ort".

Immer wieder ging er mit den "neoliberalen Heilsbringern" ins Gericht, die behaupteten, der Aufschwung sei da. Dies bezeichnete er als "völlig verantwortungslos".

Die Regierungen und die in den Zentralbanken Verantwortlichen hätten bis heute keine wirtschaftswissenschaftlich seriöse Krisenursachenanalyse vorgelegt. Das Ergebnis des G 20-Gipfels ist für den Wissenschaftler eine "reine Enttäuschung": "Die Weltelite hat bis heute nichts begriffen". "Eine Offenlegung der Krisenursache", so der Professor weiter, "würde sie alle enttarnen". Dabei stoße man nämlich auf das von seiner Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik immer wieder kritisierte neoliberale Dogma, das nur eines wolle: die Umverteilung der arbeitsteilig geschaffenen Wertschöpfung von unten nach oben.

Der neoliberale Grundsatz "Privat vor Staat" gelte immer noch. Die Bankenkrise werde zu einer weiteren "Entsolidarisierung der Gesellschaft" missbraucht, die Umverteilung von unten nach oben werde sogar beschleunigt fortgesetzt. Dies sei der Kern des Sparpakets der Bundesregierung, zu dem auch das Anti-Reformpaket zum Gesundheitswesen zähle.

"Die Wirtschaftspolitik meuchelt sich selbst", sagte Bontrup, der eine auf europäischer Ebene abgestimmte Fiskal- und Geldpolitik mit antizyklischen Impulsen forderte. Die internationalen Finanzmärkte müssten wieder in staatlich streng regulierte Märkte überführt und das

Bankensystem reformiert werden.

Deutschland solle seine Wirtschaftspolitik zur Beseitigung der Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen verstärkt auf die Binnenwirtschaft ausrichten. Außerdem seien die gewinnträchtigen Unternehmen und Spitzenverdiener wesentlich höher zu besteuern.

Er forderte zudem eine Demokratisierung der privaten Wirtschaft. Beschäftigte sollten über ihre Vertreter in den Betriebs- und Aufsichtsräten gleichberechtigt an Entscheidungen über die Beschäftigung, die Unternehmensorganisation, Gewinnverwendung oder auch die operative und strategische Ausrichtung ihres Unternehmens beteiligt werden.

"Wir müssen im Herbst auf die Straße, der Widerstand muss weitergehen!" rief der Zweite Bevollmächtigte der IG Metall Schwäbisch Hall, Alfons Kuhnhäuser, den Metallern zu. Er lobte die Protestbereitschaft der Franzosen und übte Kritik am Verhalten der Hohenloher und Taubertäler, die sagten: "Da kouscht halt nix mache".

"Unsere Aufgabe kann es nicht sein, der Arzt am Krankenbett des Kapitalismus zu sein", meinte der Erste Bevollmächtigte der IG Metall Heilbronn-Neckarsulm, Dr. Rudolf Luz.

"Wir brauchen einen Kurswechsel in der Politik", forderte er und schlug eine Vermögenssteuer, eine deutliche Erhöhung des Spitzensteuersatzes sowie eine Zukunftsanleihe vor, die bei allen Vermögen über 750 000 Euro erhoben wird.

"Wenn wir Arbeitnehmer solidarisch zusammenstehen und für eine solche Politik kämpfen, können wir die Wende erreichen", gab sich Dr. Luz kämpferisch.

Aus den Fränkischen Nachrichten vom 9. Juli 2010